

10/SN - 351/ME



REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie
PRÄSIDIUM

A-1010 Wien, Stubenbastei 5

Tel. : (01) 515 22
Fax :
DVR : 0441473
Abteilung : I
Sachbearbeiter/in : Seifert
Durchwahl : 1723

An das
Präsidium des Nationalrates—

Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Wien, am 14. April 1999
Zl. 61 1460/6-Pr.1/99

Dr. Klausgruber
Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Leistung eines österreichischen
Beitrages zur 12. Wiederauffüllung der Mittel der Internationalen Entwick-
lungsorganisation (IDA °12); Begutachtungsverfahren.

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie erlaubt sich, 22 Exemplare
seiner Stellungnahme an das BMF zu o.a. Gesetzesentwurf zu übermitteln.

Für den Bundesminister:
Dr. Thomasitz

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Siegel



REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie
PRÄSIDIUM

A-1010 Wien, Stubenbastei 5

Tel. : (01) 515 22
Fax :
DVR : 0441473
Abteilung : I
Sachbearbeiter/in : Seifert
Durchwahl : 1723

An das
Bundesministerium für Finanzen

Himmelfortgasse 4-8, PF 2
1015 Wien

Wien, am 14. April 1999
Zl. 61 1460/6-Pr.1/99

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Leistung eines österreichischen Beitrages zur 12. Wiederauffüllung der Mittel der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA °12); Begutachtungsverfahren.

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie erlaubt sich zu dem im Betreff angeführten Entwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Wiederauffüllung der Mittel des „IDA °12“ wird grundsätzlich begrüßt. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass diese Mittel für „Programme zur Förderung des Wachstums und zum Abbau der Armut“ eingesetzt werden sollen, da gemäß den Erläuterungen „IDA“ dabei hilft, das menschliche Kapital, die Institutionen und die Infrastruktur aufzubauen, um ein Wachstum auf einer gerechten und dauerhaften Basis möglich zu machen.

Wie bereits 1997 im Zweiten Nationalen Klimabericht der österreichischen Bundesregierung in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen gemäß dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen festgestellt wurde (Seite 128), verfolgen die österreichischen Behörden den Grundsatz, dass alle mittels öffentlicher Entwicklungshilfe unterstützen Projekte **umweltverträglich** sein müssen.

-

-

-

-

Es sollte daher keinesfalls die Umweltverträglichkeit der mit „IDA“ unterstützten Projekte außer Acht gelassen werden.

Für den Bundesminister:

Dr. Thomasitz

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Siegel